

In der Höhle des Löwen

Einmal im Jahr kommen die Abtreibungsärzte und -lobbyisten zu einem großen internationalen Treffen zusammen. Was sie nicht wussten: Diesmal wurden sie dabei von der Bundesvorsitzenden der Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA) beobachtet, die sich erfolgreich auf den Kongress »geschmuggelt« hatte.

Von Dr. med. Claudia Kaminski

Die »Aula Magna Sala« des Ergife Palace Hotels an der Via Aurelia in Rom war gut gefüllt. Zur ersten gemeinsamen Veranstaltung der FIAPAC (International Federation of Abortion and Contraception Professionals) waren an diesem Freitag, den 13.,

Dann folgten jedoch die gewohnten Argumente der Abtreibungsbefürworter: Illegale Abtreibungen seien oft unsicher, sie bedrohen die Gesundheit der Frauen unter anderem mit erhöhter sekundärer Sterilität. Da die Gesellschaft die Existenz illegaler Abtreibungen immer noch leug-

zur Verhütung.« Und so machte Benagiano dann auch sehr bald deutlich, dass »Erziehung der Schlüssel zum Erfolg ist«. Nur massive Erziehungsprogramme könnten helfen, die Einstellung und das Verhalten der Menschen zu ändern. Dazu sei die Beteiligung der Regierungen notwendig. Verhütung müsse preiswerter werden, damit alle Menschen Zugang haben. Kritisch beleuchtete Benagiano die so genannte Notfallverhütung (engl. Emergency Contraception) mit der »Pille danach«, die zwar in den USA jedes Jahr mehr als eine Million chirurgischer Abtreibungen verhindere, aber in England trotz weitgehender Freigabe nicht zu einer Abnahme von Abtreibungen geführt habe: »Möglicherweise ist die Notfallverhütung kein geeignetes Mittel zur Senkung der Abtreibungsrate,« so Benagiano.

Ziel müsse es sein, Paare vor oder während des Sexualaktes dazu zu bringen, Verhütungsmethoden anzuwenden – nicht danach.

KRITIK AN DER GELTENDEN RECHTLAGE

Der derzeitige Präsident der FIAPAC, Christian Fiala aus Wien, beleuchtete in seinem Beitrag die gegenwärtige weltweite Rechtslage zur Abtreibung aus Sicht der Patienten. »Stehen diese wirklich im Mittelpunkt«, fragte Fiala und listete diverse Missstände in der nationalen Gesetzgebung auf, nannte aber keine Ländernamen. Die »Missstände« sah er vor allem in der Pflichtberatung und darin, dass die Schwangerschaft durch einen Arzt festgestellt werden muss. Die in vielen Ländern vorgeschriebene Trennung von Beratungsangebot und tatsächlicher Abtreibung (Beratung und Abtreibung dürfen nicht durch die gleiche Person erfolgen) bezeichnete Fiala gar als inhuman. Auch sei die Verpflichtung zu schriftlichen Erklärungen, zu übereinstimmender Beurteilung zweier Ärzte, Blutgruppenbe-

Abtreiber unter sich: Die Schautafel belegt, dass die feine Gesellschaft weiß, was sie tut.

rund 450 Teilnehmer erschienen. Ärzte, Hebammen, Krankenschwestern, Sozialarbeiter aus 36 Nationen nahmen teil, 70 Prozent hiervon Frauen im Alter zwischen 25 und 45 Jahren.

Guisepe Benagiano von der Universität »La Sapienza« in Rom leitete den Kongress ein und wäre da nicht die Wortwahl gewesen, hätte man glauben können, bei Lebensrechtlern gelandet zu sein: »Wir sind davon überzeugt, dass Abtreibung die Unterdrückung (suppression) menschlichen Lebens bedeutet. Wir wollen das Bedürfnis nach freiwilliger Beendigung einer Schwangerschaft (Voluntary termination of a Pregnancy, VTP) reduzieren.«

ne, würden die Gründe für illegale Abtreibungen und die gesundheitlichen Folgen und Risiken für die betroffenen Frauen auch weder statistisch erfasst noch analysiert.

ERZIEHUNG ALS SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG

Und, so Benagiano unter starkem Applaus der Teilnehmer: Etwas, das nicht existiert, wird nicht bekämpft. Einzig die Entkriminalisierung der Abtreibung könne zur Evaluation der wahren Dimension der Abtreibungshäufigkeit führen und damit zur Reduzierung beitragen.

Die eigentliche Überschrift der Vortrags lautet jedoch: »Von der Abtreibung

stimmung oder Laboruntersuchungen nicht akzeptabel.

Europaweit fuße die Abtreibungspraxis nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen (not evidence based). Dadurch komme es zu sehr uneinheitlichen Verfahrensweisen. Die so genannte »cool off period«, (die Bedenkzeit, die einer Frau zwischen Feststellung der Schwangerschaft und Abtreibung mindestens vorgeschrieben ist) betrage in Belgien sechs Tage, in Deutschland drei, in Frankreich und Italien sieben und in den Niederlanden fünf Tage. Dabei seien die Frauen doch überall gleich und ein solcher Unterschied durch nichts zu rechtfertigen. Ebenso verurteilte Fiala den Kontext der Beratung: manchmal heiße es, die Beratung habe ergebnisoffen zu sein, aber gleichzeitig sei das Leben des Ungeborenen zu schützen. Eine Anspielung auf die deutsche »Unrechtslage«?

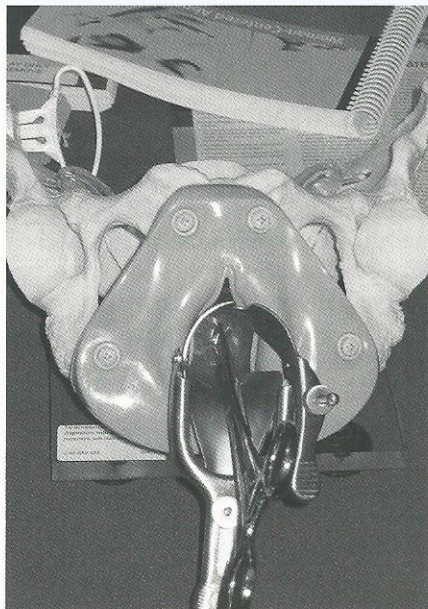
Das Internet lobte der amtierende FIAPAC Präsident als gute Plattform für betroffene Frauen. Es sei anonym, immer erreichbar, es enthalte gute Informationen. Der einzige Nachteil des weltweiten Netzes seien die irreführenden Informationen »religiöser Quellen«, die Fiala jedoch nicht näher benannte.

Anhand der Zulassungsunterschiede zwischen Viagra und der Abtreibungspille Mifepriston machte Fiala deutlich, dass es sich bei der Abtreibungsdebatte tatsächlich auch um ein »gender issue« handle, also einen Themenkomplex, der das weibliche Geschlecht benachteiligt: Viagra sei innerhalb von Monaten zugelassen worden, Mifepriston habe mehr als zehn Jahre gebraucht, und das, obwohl Viagra deutliche Nebeneffekte habe, Mifepristone dagegen nur sehr wenige.

POLEN, MALTA, IRLAND UND MONACO AM PRANGER

Besonders interessant hätte der Beitrag von Katarina Lindahl, Generalsekretärin der Schwedischen Assoziation für Sexualerziehung, werden können: »Frauenrecht auf Abtreibung in der Europäischen Union« (Women's right for induced abortion within the EU).

Lindahl beschränkte sich jedoch darauf, Polen, Malta, Monaco und Irland für ihre Missachtung der Rechte von Frauen an den Pranger zu stellen: Dies sind die Länder mit den restriktivsten Abtreibungsgesetzen in Europa. Sie erwähnte auch das Land mit der höchsten Abtreibungsrate – Russland mit mehr als 200.000 Abtreibungen jährlich. Ein Land, aus dem man auch hört: »Warum reden wir über Verhütung, wenn eine Abtrei-



Üben am Modell: Auch Töten will gelernt sein.

bung nur 20 Minuten dauert.« Im Hinblick auf die Strategie der Abtreibungsbefürworter machte Lindahl deutlich, dass das europäische Parlament die geeignete Arena für den Kampf um die Abtreibung in Europa sei. Als ernstesten Gegner in dieser Auseinandersetzung erwähnte Lindahl die Weltjugendallianz, von der sie allerdings nicht glaubt, dass sie erfolgreich sein wird, »wenn Organisationen wie die FIAPAC genug Aufmerksamkeit bekommen und sich weiter für die Rechte der Frauen einsetzen.«

ABTREIBUNGSLobby VS. LEBENSRECHTLER

Dramaturgisch passend folgte – als Stimme aus einem Land, in dem Abtreibungen nach wie vor illegal sind – Niall Behan aus Irland. Er leitet die »Irische Gesellschaft für Familienplanung« (Irish Family Planning Association)«. Die Hauptargumente der Abtreibungsbefürworter (»pro-choice«-movement) seien immer noch heimliche Abtreibungen und die Verfolgung von Abtreibungsärzten durch Abtreibungsgegner. Besonderer Erfolg war daher der Abtreibungslobby – auch in Irland – beschieden durch Frauen, die ihre schwierigen Reisen von Irland oder Malta in Länder beschrieben, in denen sie legale und sichere Abtreibungen durchführen lassen konnten. Diese »Bewusstseinskampagnen« (Awareness-Campaigns) hätten zu starken, Abtreibungsbefürwortenden Mehrheiten in Portugal und Irland geführt. Die aggressiven »Angst-Strategien«, die Abtreibungsgegner aus den USA nach Europa importiert hätten, seien klar gescheitert. Die Abtreibungsgegner hätten jedoch die »Belagerung« von Abtreibungseinrichtungen und Häusern von »pro-choice« Politikern

langsam aufgegeben. Zudem habe der Versuch, Abtreibung mit höherer Brustkrebserkrankungsrate, vermehrter Unfruchtbarkeit oder gar häufigeren Verkehrsunfällen zu verknüpfen, der Glaubwürdigkeit der Lebensrechtsbewegung deutlich geschadet. Laut Behan habe die Pro-choice Bewegung in Irland auch klare Siege gegen ethische Argumente eingefahren. Während 1981 noch 74 Prozent der irischen Bevölkerung davon überzeugt gewesen seien, dass Abtreibung immer falsch sei, seien es 2005 nur noch 35 Prozent gewesen.

DIE STRATEGIE DER LEBENSRECHTLER

Interessant war auch die Einschätzung Behans zur aktuellen Strategie der Abtreibungsbefürworter: »Die »pro-choice« Bewegung hat sich von einer reaktiven hin zu einer proaktiven Strategie entwickelt.« Es zähle nicht mehr nur die »Bewusstseins-Kampagne« durch Zeugnisaussagen von Frauen, die gezwungen gewesen seien unter widrigen Umständen außerhalb Irlands oder Portugals abzutreiben, sondern vor allem der Einfluss auf die Legislative in den einzelnen Ländern und in Europa insgesamt. Dagegen arbeite die Lebensrechtsbewegung in Irland und Europa mit drei verschiedenen Strategien, die teilweise parallel genutzt würden. Die von Behan als »Evil Stuff«, »Fear Stuff«, »Sweet Stuff«, bezeichneten Strategien lassen sich am ehesten mit »Sündenkampagne«, »Angstkampagne« und »Sanfter Kampagne« übersetzen.

Zu Beginn der Neunziger Jahre seien die Hauptakteure religiöse Führer gewesen. Die »Sündenkampagne« (»Evil Stuff«) hätte starken Bezug genommen auf Gott und Hölle, zentrales Thema sei die Religion mit ethischen Argumenten gewesen. Die Lebensrechtsbewegung hätte sich besonders durch Gebetstage und Gebetsaktionen hervorgetan. Dann sei die »Fear Stuff«-Strategie (Angstkampagne) aus den Vereinigten Staaten importiert worden mit verstärkten Demonstrationen vor Abtreibungseinrichtungen, Bildern von abgetriebenen Föten und der so genannten »Junk Science« – einer Pseudowissenschaft, die versuche, Abtreibung mit Brustkrebs oder anderen Krankheiten zu verknüpfen. Mittels plötzlicher aggressiver Aktionen hätten die Lebensrechtler Frauen im Schwangerschaftskonflikt zunehmend eingeschüchtert. Die neueste Strategie der Lebensrechtsbewegung bezeichnete Behan als »Sanfte Kampagne« (»Sweet Stuff«) – die Abtreibungsgegner würden nun zunehmend die Menschenrechte und sogar feministische Ansätze für

ihre Argumentation benutzen. »Das ist eine neue Opposition,« so Behan. Auch die Forderung nach gesicherter Kinder- versorgung und -betreuung sei Teil der Strategie der Abtreibungsgegner.

Behan bescheinigte den Lebensrecht- lern, dass sie immer weniger religiöse Ar- gumente benutzten und auch die Ver- hütungsfrage immer weniger in die Dis- kussion einbrächten. »Die Abtreibungs- gegner sind weicher und weniger absolut in ihrer Argumentation« geworden. Es gebe gar »Feministinnen für das Leben«, die sich auf den psychologischen und spirituellen Schaden der Abtreibung kon- zentrierten und die Rechte des Fötus in den Vordergrund stellten. »Sie benutzen eine neue Sprache und neue Stimmen,« warnte Behan.

ÜBER DEN EINFLUSS DER LEBENSRECHTLER IN DEN USA

Eine gutes Zeugnis stellte anschließend Vicky Sapporta, Präsidentin der NAF (National Abortion Federation), der ameri- kanischen Lebensrechtsbewegung aus. Sie sei gut organisiert in der Mittelbe- schaffung (Fundraising), in der Arbeit an der Basis, und sie seien in der Lage US- Präsident Bush zu beeinflussen. »Die religiöse Rechte ist zu einer starken poli- tischen Macht geworden, die zudem den Gerichtsentscheid im Fall Roe v. Wade immer noch sehr bekämpfte«, betonte Sapporta. Mit ausgedehnten Kontakten in das Weiße Haus und zu Mitgliedern des Kongresses hätte die religiöse Rechte versucht, das »Recht auf Abtreibungs- fürsorge« (abortion care) zu verhindern. »Abtreiber können eine Schlüsselrolle spielen in der Auseinandersetzung gegen die Abtreibungsgegner, in dem sie medi- zinische und wissenschaftliche Perspekti- ven in die öffentliche Debatte über Ab- treibung einbringen,« folgerte Sapporta. Als Beispiel für ihre Arbeit führte die Präsidentin der NAF den UCPLA – Un- born Child Pain Awareness Act – an. Studien, die eine Schmerzempfindlichkeit des Fötus erst ab dem 3. Trimester er- geben haben, wurden den Medien, der Le- gislative und Erziehungsverantwortlichen vorgestellt. Mittlerweile habe sich die Überzeugung über eine spätere Schmerz- empfindung des Ungeborenen durchge- setzt. In Bezug auf die Einführung der Abtreibungspille Mifepriston habe man mit Zahlen, Daten und Fakten, mit Ex- perten, mit Testimonials und Beispielen über den positiven Verlauf von Abtrei- bungen mit Mifepriston die Sicherheit dieses Mittels besonders den Medien gegenüber verdeutlicht.

VERBOT DER TEILGEBURTSABTREIBUNG SOLL WEG

Ins Visier nimmt die NAF auch die freien Schwangerschaftskonfliktberatungs- stellen: »Sie führen mit dem angeblichen Post-Abortion-Syndrom in die Irre«, be- hauptete Sapporta und empfahl: »Gehen Sie mit Frauen, denen in solchen Ber- atungsstellen geschadet wurde, zu den poli- tisch Verantwortlichen, um die negativen Effekte dieser Beratungsstellen aufzuzei- gen.« Und geradezu gebetsmühlenartig wiederholte Sapporta immer wieder: Ab- treiber und Patientinnen müssen in die Parlamente, zu den Gesetzgebern und zu den Medienvertretern. Als Erfolg für die NAF wertet sie daher besonders, dass man Bill Clinton, der als Präsident der Verei- nigten Staaten zweimal sein Veto gegen den »Partial Birth Abortion Ban« einlegte, mehrfach mit betroffenen Frauen aufge- sucht habe, um ihn zu überzeugen. Sapp- ortas Ziel: »Das Verbot der Partial Birth Abortion (Teilgeburtsabtreibung) muss als verfassungswidrig erkannt und aufgehoben werden!« Da wundert es dann auch nicht, dass im Kongress- und Fortbildungsange- bot der Abtreibungsbefürworter immer wieder »Zeugnisse« aus Polen, Malta oder Irland auf dem Programm standen.

Hart und scharf in der Argumentation versuchte die oberste Abtreibungslobby- istin der USA mit Beispielen die neue Rhetorik und Arbeitsweise der »pro-life«- Bewegung in Amerika zu diskreditieren. So zitierte sie Pat Robertson, Gründer der »Christian Coalition« und des »Chris- tian Broadcasting Network«: »40 Millio- nen Kinder wurden in den USA durch Abtreibung getötet. Haben wir auch ge- lernt, uns gegen Terrorismus zu vertei- digen?« Rick Santorum aus Pennsylvania, erklärter Abtreibungsgegner und ehema- liger US Senator der Republikaner, wurde von Sapporta in ihrer Präsentation mit Heiligenschein und Kreuz in der Hand dargestellt – Gelächter im Plenum.

Die Strategie der Abtreibungslobby weltweit war aber nur ein Thema dieses aufschlussreichen Kongresses. Breiten Raum nahmen in den Vorträgen und Diskussionen auch die medizinische Ver- besserung der Abtreibung durch neue, teils vereinfachte Methoden, Verhütung und »Pille danach« ein.

MANIFEST DER EUROPÄISCHEN ABTREIBUNGSBEFÜRWORDER

Interessant liest sich auch das »Mani- fest« der Abtreibungsbefürworter in Eu- ropa, das von Jean-Jacques Amy aus Bel- gien vorgestellt wurde:

1. Das Europäische Parlament muss die Mitgliedsstaaten dazu verpflichten, die liberale europäische Abtreibungsge- setzgebung in nationales Recht umzuset- zen. In vielen Ländern ist der Zugang zur Abtreibung immer noch erschwert oder sind diese ganz verboten.

2. Es muss ein Buch geschrieben wer- den, das die Vorteile der Liberalisierung und Entkriminalisierung der Abtreibung herausstellt.

3. Eine eigene Arbeitsgruppe muss die Situation in Portugal, Irland, Polen und Malta genauer analysieren.

4. Ärzte und Pflegekräfte müssen in einem internationalen Zentrum zur Ab- treibung (»Freiwillige Beendigung der Schwangerschaft«) geschult werden.

5. Mifepriston sollte als »Einmonats- pille« vermarktet und eingenommen wer- den. Dies würde zu einer wesentlich ge- ringeren Steroidbelastung der Umwelt führen als die tägliche »normale« Pil- leneinnahme verursache.

6. Der Schmerzmittelgabe und Schmerz- bekämpfung während der Abtrei- bung muss deutlich mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden.

7. Abtreibungen in Afrika müssen si- cherer werden. Dafür ist es notwendig, dass Afrika durch eine engere Verbindung von Europa lernen kann.

8. Ehrliche und aufrichtige Bürger müssen in Machtpositionen gewählt – und dann kontrolliert werden.

Den Schlusspunkt unter dieses acht Punkte umfassende »Manifest« setzte sozusagen Joyce Arthur von der Abortion Rights Coalition of Canada, der festhielt: »Es muss deutlich werden, dass die phi- losophische Erklärung, die Beurteilung dessen, was ein Fötus ist und der Wert, den er haben kann, völlig subjektiv und individuell ist. Nur die schwangere Frau kann entscheiden, was ihr der Fötus be- deutet und unsere Aufgabe ist es, ihre Meinung zu respektieren.«

IM PORTRAIT

Dr. med. Claudia Kaminski

Die promovierte Ärztin leitet im Haupt- beruf die Abteilung Kommunikation und Public Relations des Malteser Hilfs- dienstes. Seit 1996 ist sie Bundesvor- sitzende der Aktion Lebensrecht für Alle (ALfA) und seit 2001 Vorsitzende des Bundesverbands Le- bensrecht (BVL).



ARCHIV